

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichte zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungswirtschaftsvereins (D. V.) — Verlagort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Oberrasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wolkwitz bei Herrn Ernst Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Einbrüche im Bereich der Druckerei oder sonstiger Ursaachen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-M. freibl., auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 20 R.-M. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-M., 12 gesp. u. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3 gesp. Reklamezeile 0,45 R.-M., Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-M., Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Zugleich weit verbreitet in den Ortshäusern der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Raufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkwitz und Siegelheim.

Nr. 125

Mittwoch, den 2. Juni 1926

48 Jahrgang.

Präsident Coolidge über Einschränkung der Rüstungen.

Nach einer amtlichen deutschen Deutschrift sind die Besatzungstruppen bedeutend vermindert worden. Die Immunität des Abg. Walle (östlich) wurde aufgehoben.

Die 32. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Breslau ist mit einer Ansprache des Reichsministers Dr. Haslinder eröffnet worden.

Die neu gegründete „Alte sozialdemokratische Partei in Sachsen“, die von den ausgeschiedenen 23 Mitgliedern der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gebildet wurde, hält am 6. Juni ihren ersten Parteitag in Dresden ab.

Mit dem 1. Juni hat die Finanzkontrolle des Völkerbundes über Österreich aufgehört.

Pilsudski wurde zum polnischen Staatspräsident gewählt. Er lehnte aber die Wahl ab.

In Portugal wird eine Militärdiktatur errichtet.

Der chinesische Marschall Sunchuanfang will aus fünf Provinzen einen neuen unabhängigen Staat bilden.

Waldenburg, 1. Juni 1926.

Wir sollten es niemals vergessen, daß wir ein Volk von 100 Millionen Menschen sind, und daß in den Grenzen, die das Versailles Diktat gezogen hat, nur 60 Millionen Deutsche wohnen. Freilich, ein Teil der 40 Millionen außerhalb der Grenze sind verstreut über die ganze Welt und können niemals damit rechnen, in den Staat des Muttervolkes eingezogen zu werden. Aber noch 30 Millionen wohnen in geschlossenen Siedlungsgebieten rings um die Grenzen des Deutschen Reiches und es ist nur Willkür und eigenmächtige Auslegung des Schlagworts vom Nationalstaat, das die Entente im Kriege gebrauchte, wenn diese 30 Millionen deutsche Menschen in den Staaten fremder Völker leben und da jeder Gewalt und Willkür ausgesetzt sind. Dies Problem der hundert Millionen ist es, was die Tagungen des „Deutschen Schutzbundes“ und des „Vereins für das Deutsche im Ausland“, die vor und nach Pfingsten in Schlesien stattfanden, allen Deutschen wieder einmal ins Gedächtnis rufen wollten.

In Oberschlesien bekamen die Teilnehmer an der Schutzbundsfahrt einmal einen lebendigen Eindruck von den Folgen jener ungeliebten und widerwärtigen Grenzführung mitten durch das Industriegebiet des deutschen Oberschlesiens, und in Glatz wurde dann in stiller Arbeit ein Blick auf die Leistungen des vergangenen Jahres und auf die Aufgaben des kommenden geworfen. Der „Verein für das Deutsche im Ausland“ aber wollte bei seiner Versammlung in Hirschberg als ein rechter Bund der deutschen Jugend Zehntausenden von jungen deutschen Menschen wieder einmal die Größe ihres Heimatvolkes vor Augen führen, indem er siebenbürgener und baltischen, Schleswig-Holsteiner, Saarländer und Reichsdeutsche zusammenbrachte.

Aber nicht nur die Lehre von dieser fundamentalen Erkenntnis deutscher Volksgröße war zu beachten, sondern auch ernste Gegenwartsprobleme im Kampf um die gesamte deutsche Einigung. Es galt, einmal die Stellung der Wissenschaft im Kampf der Nation festzulegen und so wurde aus berufenem Munde festgestellt, daß die Wissenschaft unter Wahrung ihrer Verpflichtung zum Dienst an der reinen Wahrheit doch die Aufgabe habe, ihrem Volk in seinem Kampf um Recht und Leben geistige Waffen in die Hand zu geben. Dringend war auch die Frage der kulturellen Autonomie der Minderheiten zu klären. Es ist ja ein interessantes Problem, überhaupt einmal darüber nachzudenken, inwiefern die Souveränität jedes Staates durch die international gültigen Bestimmungen über Rechte der Minderheiten beschnitten ist. Theoretisch ist durch sie die Souveränität gerade der neuen kleinen Staaten eingeengt, weil sie die zahlreichsten Minderheiten haben. In der Praxis ist es aber leider noch sehr viel anders. Munter arbeiten die kleinen Staaten, vor allem die Tschechoslowakei mit Hochverratsprozessen, wo die in diesen Ländern wohnenden Deutschen nichts als ihre in Genf garantierten Rechte wahrnehmen.

Nicht zum wenigsten muß die künftige Arbeit aber auch darauf eingestellt sein, den rein materiellen Bestand des deutschen Volkes auch zahlenmäßig zu erhalten, was angesichts des fühlbaren Geburtenrückgangs auch bei uns und der großen Fruchtbarkeit unserer slawischen Nachbarvölker eine ernste Sorge ist. Unser Volk und sein „physischer“ Bestand sind und bleiben die materielle Grundlage jeden Strebens nach einem Großdeutschland, dessen staatliche Grenzen das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen in Mitteleuropa umfaßt.

len Bestand des deutschen Volkes auch zahlenmäßig zu erhalten, was angesichts des fühlbaren Geburtenrückgangs auch bei uns und der großen Fruchtbarkeit unserer slawischen Nachbarvölker eine ernste Sorge ist. Unser Volk und sein „physischer“ Bestand sind und bleiben die materielle Grundlage jeden Strebens nach einem Großdeutschland, dessen staatliche Grenzen das geschlossene Siedlungsgebiet der Deutschen in Mitteleuropa umfaßt.

Deutsch-französische Verständigung.

Gründung eines ständigen Ausschusses.

In Luxemburg fand dieser Tage die Gründung eines deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses statt, der die persönliche Fühlung unter seinen Mitgliedern aufrecht erhalten und sich die objektive Klärung der kulturellen und wirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge in Deutschland und Frankreich zur Aufgabe macht. Bei voller Wertung des nationalen Gesichtspunktes will man auf diesem Wege eine fehlerfreie und dem beiderseitigen Interesse entsprechendere Grundlage für die Beurteilung der Fragen gewinnen, die das Verhältnis der beiden Länder betreffen. In Paris und Berlin sollen ständige Büreaux eingerichtet werden.

Die deutschen Teilnehmer.

Von deutscher Seite stehen den Verhandlungen unter anderem nahe die Herren: Dr. Bruhn, Mitglied des Ausschusses der Firma Krupp; Geheimrat Dr. Felix Deutsch, Berlin; Geheimrat Louis Hagen, Köln; Franz v. Mendelssohn, Berlin; Graf Praschma, Falkenburg D.-S.; Dr. Emil v. Stauß, Berlin; Staatssekretär A. v. Simon, Berlin; Fritz Thyssen, Duisburg; Fürst Hatzfeld-Wildenburg; Dr. Walter Simons, Leipzig.

In Frankreich haben sich insbesondere führende Persönlichkeiten der Industrie, des Bankgewerbes und der Wissenschaft für den Gedanken der Verständigung eingesetzt.

Preußen und die Flaggenverordnung.

Brauns Rüge für Hörjüng.

Berlin, 1. Juni. Der Magdeburger Oberpräsident Hörjüng hatte vor einigen Wochen in einer Reichsbannerversammlung in Nürnberg die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten aufs schärfste angegriffen und in Verbindung damit von einem Verfassungsbruch gesprochen. Auf eine diesbezügliche Anfrage der Deutschen Volkspartei teilt jetzt der preussische Ministerpräsident Braun mit, daß das preussische Staatsministerium den Oberpräsidenten Hörjüng „auf das ernste gerügt und Vorzorge getroffen habe, daß Oberpräsident Hörjüng in der Zukunft in der Erörterung politischer Angelegenheiten in der Öffentlichkeit sich diejenige Zurückhaltung auferlegen wird, die sein Amt erfordert.“

Weiter heißt es in der Antwort Brauns: „Das Staatsministerium hat sich, wie ich noch bemerken möchte, nicht zum wenigsten auf diese Maßnahmen beschränkt, weil der Gegenstand der Kritik des Oberpräsidenten immerhin das Zustandekommen einer Verordnung betraf, bei deren Erlaß auch nach der Uebersetzung des Staatsministeriums und der zuständigen Organe anderer Länder durch Nichtbeachtung des Artikels 67 der Reichsverfassung eine Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes des Reichsrats auf Zuziehung bei der Beratung wichtiger Gegenstände vorgekommen ist, und weil Oberpräsident Hörjüng, der Reichsratsbevollmächtigter für die Provinz Sachsen ist, sich in dieser Eigenschaft dadurch noch besonders betroffen gefühlt hat und fühlen konnte.“

Die Präsidentenwahl in Polen.

Pilsudskis Wahlsieg und Ablehnung. Die Mehrheit genügt ihm nicht.

Die polnische Nationalversammlung trat am Montag zur Vornahme der Präsidentenwahl im Warschauer Sejm zusammen. Bei der Abstimmung erhielt Marschall Pilsudski 292 Stimmen, und der von den drei Rechtsparteien aufgestellte Kandidat, der polnische Wojewode, Graf Winiński, 193 Stimmen. 61 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Da die ab-

solute Mehrheit 274 Stimmen betrug, war Pilsudski mit absoluter Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt. Die deutschen Abgeordneten stimmten mit den Linksparteien geschlossen für Pilsudski.

Zur großen Überraschung der Nationalversammlung erklärte Sejm-Marschall Mataj kurz nach der Wahl vor Vertretern der Presse, daß Marschall Pilsudski die Wahl zum Staatspräsidenten abgelehnt und die beiden Hochschulprofessoren Zwiedowicki-Wilna und Moszicki-Lemberg zur Wahl an seiner Stelle vorgeschlagen habe. Sein Beschluß, so erklärte Mataj, sei unwiderruflich. Infolgedessen hat Sejm-Marschall Mataj für Dienstag die Nationalversammlung wiederum einberufen, um die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen.

Der Entschluß Pilsudskis hat in politischen Kreisen Warschaus eine ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Folgen der Entscheidung des Marschalls Pilsudski lassen sich zur Zeit noch nicht in ihrem ganzen Umfange übersehen. Pilsudski hat die Wahl abgelehnt mit der Begründung, in den Ziffern des Wahlergebnisses kommt für seine Auffassung nicht hinreichend

der Wille zur Säuberung zum Ausdruck, den er vor dem Sejm als Voraussetzung für die Annahme einer Wahl gefordert habe. Die von ihm vorgeschlagenen beiden Kandidaten sind beide Hochschullehrer von Ruf.

Professor Moszicki ist Chemiker und wirkte als solcher in Lemberg; er gehört zur Zeit dem Vorstand des jüngst im Haager Prozeß Polen abgeprochenen Stichtoffwerkes Chorzow an. Der zweite Kandidat Zwiedowicki ist Professor der Philosophie in Wilna und wirkte vor dem Kriege in gleicher Eigenschaft in Krakau.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete hat dem Ausschuss des Reichstages, der die Besatzungsfragen behandelt, eine Denkschrift zugehen lassen, in der zum ersten Male amtliche Zahlen über die gegenwärtige Besatzungsstärke in der zweiten und dritten Zone gegeben werden. Nach dieser Denkschrift befanden sich am 15. November 1925 in der zweiten und dritten Zone rund 80.250 fremde Truppen, während sich jetzt in den beiden Zonen rund 88.000 Mann befinden. Damit wird nunmehr auch amtlich zugegeben, daß der Abzug der Truppen aus diesen Zonen geringer ist als der Zustrom, der aus der ersten Zone erfolgt ist.

Unter den Kandidaten für den Posten eines deutschen Gesandten in Wien wird der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld genannt.

Nach einer Mitteilung der Wiesbadener Regierung hat das preussische Wirtschaftsministerium einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt, um die Not der Rheingauwinzer zu lindern.

Reinholdes Dank an die Steuerbeamten. Auf der Münchener Tagung des Bundes deutscher Reichssteuerbeamten sprach Reichsfinanzminister Dr. Reinhold den Steuerbeamten seinen Dank aus für das, was sie in den letzten schweren Jahren für das Reich und das Vaterland geleistet haben. Gerade für die Steuerverwaltung lägen unendlich schwere Zeiten hinter uns. Das Härteste sei nun wohl überwunden, und mit der überhäufeten Gesetzgebung und der ewigen Beunruhigung der Bevölkerung sei es nun hoffentlich vorbei. Man könne ohne Uebertreibung sagen, daß kein anderer Beamtenstand in den letzten Jahren so schwere Arbeit geleistet habe, wie die Steuerbeamten, denen dafür der uneingeschränkte Dank des Vaterlandes gebühre. Den Anmut über die hohen Steuersätze und die dadurch entstandene allgemeine Verbohsität könne er durchaus verstehen, aber die Angriffe gegen die Beamten überliegen denn doch alles Maß und Ziel. Das Reichsfinanzministerium fühle sich verpflichtet, sich mit allem Nachdruck vor die Beamenschaft zu stellen.

Tschecho-Slowakei.

Auf Grund der Wahlen in das Abgeordnetenhaus ist festgestellt, daß in 982 Gemeinden nicht eine einzige